

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

## Überfällige Steuerreform

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wohlers, Eckhardt (1997) : Überfällige Steuerreform, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 2, pp. 68-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137434>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Nach langem Hin und Her hat im Januar die Steuerreformkommission ihre Vorschläge zur Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer vorgelegt. Den Kern bildet eine deutliche Reduzierung der Steuersätze. So sollen ab 1999 etwa bei der Einkommensteuer der Eingangssatz von 26% auf 15% und der Spitzensteuersatz von 53% auf 39% gesenkt werden. Bereits ab 1998 sollen - wenn auch zunächst aufkommensneutral - der Höchststeuersatz für gewerbliche Einkünfte von 47% auf 40% herabgesetzt und die Körperschaftsteuersätze für einbehaltene wie ausgeschüttete Gewinne verringert werden. Da die mit alledem verbundenen Steuerausfälle weit über das vorgesehene Entlastungsvolumen von etwa 30 Mrd. DM hinausgehen würden, ist eine teilweise „Gegenfinanzierung“ über eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch den Abbau von Steuerbefreiungen und durch Einschränkung von Absetzungsmöglichkeiten geplant. Darüber hinaus ist weiterhin eine Anhebung der Mehrwertsteuer oder anderer indirekter Steuern im Gespräch.

Wie nicht anders zu erwarten, finden die Vorschläge der Steuerreformkommission nicht überall ungeteilte Zustimmung. Von Arbeitgeberseite wird beklagt, daß die Unternehmen wegen der Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten trotz Senkung der Spitzensteuersätze weitgehend leer ausgehen und daß kapitalintensive Betriebe benachteiligt werden. Die Besteuerung von Nacht- und Sonntagszuschlägen, die Kürzung der Freibeträge und die verringerte Kilometerpauschale stoßen bei Gewerkschaften und Arbeitnehmern auf wenig Gegenliebe, die verstärkte Heranziehung der Renten verschreckt die Ruhegeldempfänger, und die Einschränkung der Steuerfreiheit bei Lebensversicherungen empört die Versicherungsgesellschaften und ihre Klientel. Im Großen und Ganzen erscheinen die



Eckhardt Wohlers

## Überfällige Steuerreform

vorgesehenen Maßnahmen aber sachlich und unter dem Aspekt der Gleichbehandlung durchaus gerechtfertigt.

Teilweise wird bemängelt, daß durch die Reform die „Reichen“ unangemessen bevorzugt würden und die „Armen“ – bzw. die Arbeitnehmer – zu kurz kämen. Im Kreuzfeuer der Kritik steht dabei insbesondere die beabsichtigte Senkung des Spitzensteuersatzes. Den Protagonisten gilt sie als unerläßlicher Schritt zur Verbesserung der Investitionsbedingungen und der Standortqualität. Den Gegnern ist sie aus verteilungspolitischen Gründen suspekt; sie verlangen statt dessen eine stärkere Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Begründet wird dies auch damit, daß zur Belebung der Konjunktur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und insbesondere der private Konsum gestärkt werden müßten; die damit einhergehende Verbesserung der Absatzaussichten würde die Unternehmen veranlassen, ihre Investitionen auszuweiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das scheint aber in der gegenwärtigen Situation zweifelhaft. Denn die derzeitige Nachfrageschwäche ist nicht Ursache, sondern lediglich Symptom; sie ist letztlich Ausdruck eines Mangels an rentablen Arbeitsplätzen und daraus resultie-

render Einkommenseinbußen. Allein durch mehr private Verbrauchsnachfrage - die wahrscheinlich zu einem nicht geringen Teil über höhere Importe im Ausland „versickern“ würde – ist die notwendige Verbesserung der Investitionsbedingungen nicht zu erreichen, dazu bedarf es auch einer deutlichen Senkung des Spitzensteuersatzes.

Alles in allem sind die „Petersberger Steuervorschläge“ ein weiterer Schritt auf dem mühevollen Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Sie sind in der vorliegenden Form auch geeignet, Fehlreize zu verringern. Das Problem der Überfrachtung des Steuersystems mit politischen Steuermechanismen wurde aber nur zaghaft angegangen. Auch das Ausmaß der Entlastung bietet keinen Anlaß, in Superlativen zu schwelgen. Bleibt es bei den zur Zeit vorgesehenen 30 Mrd. DM, würde das Entlastungsvolumen rund 3/10% des Bruttoinlandsprodukts betragen; unter Einbeziehung der für 1998 vorgesehenen Senkung des Solidaritätszuschlages läge es bei knapp 1%. Das wäre deutlich weniger als bei der dreistufigen Steuerreform in den Jahren 1986 bis 1990; damals belief es sich auf insgesamt 2 1/10% des Bruttoinlandsprodukts.

Zweifellos hat die Bundesregierung mit den Vorschlägen zur Steuerreform Handlungsfähigkeit bewiesen. Ob das aber schon ausreicht, das im Hickhack der vergangenen Monate verlorene Vertrauen zurückzugewinnen, bleibt abzuwarten. Viel wird davon abhängen, wie rasch die Reform die parlamentarischen Hürden nimmt und welcher Kompromiß am Ende stehen wird. Bleibt nur zu hoffen, daß in dem unvermeidlichen Gerangel mit der Opposition, auf deren Zustimmung man angewiesen ist, und den diversen Interessengruppen die Vorschläge nicht zu sehr verwässert werden und daß nicht doch noch das wachstums- und beschäftigungspolitisch Gebotene auf der Strecke bleibt.